

GR Sissi POTZINGER

20. Oktober 2022

Dringlicher Antrag

Betreff: Frei werdende Mittel auf Grund der Maßnahmen des Landes Steiermark sollen in Graz im Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen verbleiben.

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin!

Die Personalknappheit, die inzwischen zahlreiche Branchen erfasst hat, wird zunehmend auch im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich zu einem großen Problem. Zu Beginn des heurigen Arbeitsjahres mussten private Betreiber einigen Gruppen wegen Personalmangels schließen oder auf Halbtagsbetrieb umstellen. Dies traf natürlich auch einige Familien in denen beide Elternteile berufstätig sind. Dank der erfolgreichen Bemühungen von Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner und der Abteilung für Bildung und Integration konnte zwar den meisten Familien geholfen werden, doch die Lage bleibt weiterhin angespannt. Es ist daher dringend erforderlich, mit entsprechenden Maßnahmen Anreize zu schaffen, damit die Versorgungssicherheit bei der Kinderbetreuung auch im kommenden Kindergartenjahr und in weiterer Zukunft gewährleistet ist. Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner hat ja bereits im März 2022 ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt, von dem einige Teile bereits umgesetzt sind – Stichwort Überschneidungsstunde. Ein wesentlicher Teil, nämlich die der Lohnerhöhung für Pädagog:innen und Betreuer:innen, wartet aber noch auf eine Umsetzung. Eine Forderung die die ÖVP im Übrigen bereits im Dezember des letzten Jahres per Dringlichen Antrag gestellt hat.

Erfreulicherweise hat das Land Steiermark dank der Initiative von Bildungslandesrat Werner Amon ein Entlastungspaket für die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen geschnürt, wodurch es zu einer wesentlichen Entlastung für die Gemeinden kommt. Das Land übernimmt die Kosten für die Sozialstaffel in den Kinderkrippen. Auch die Kosten für die Überschneidungszeiten werden vom Land Steiermark übernommen. Dadurch werden im Budget der Stadt Graz jährlich 5 bis 7 Millionen Euro frei. Diese Mittel dürfen nicht im allgemeinen Budget versickern, sondern sind Geldmittel, die unbedingt in den Kinderbildungs- und Betreuungsbereich zurückfließen müssen!

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

DRINGLICHEN ANTRAG:

Herr Finanzstadtrat Manfred Eber wird dringend ersucht, sämtliche Möglichkeiten zu prüfen, die im Motivenbericht genannten, freiwerdenden Mittel dem Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung zuzuordnen, insbesondere für eine Gehaltserhöhung der Pädagoginnen und Betreuerinnen.